

## Fragen des Staates im SPD-„Grundsatzprogramm“ und im Beschlusentwurf der KPD „Die Lage der Bundesrepublik und der Kampf um Frieden und Demokratie“

Von MAX SCHMIDT,

Deutsche Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft „Walter Ulbricht“

Grundlage für die Erforschung und Einschätzung der Staatsfrage in Westdeutschland — diesen Hinweis hat Walter Ulbricht mit großer Eindringlichkeit auf der Babelsberger staats- und rechtswissenschaftlichen Konferenz gegeben — muß das Wachstum der gesellschaftlichen Kräfte, der Volksmassen und ihres Bewußtseins, d. h. das gesellschaftliche Entwicklungsgesetz sein und die Rolle, die der Bonner Staat bei der Verhinderung der Durchsetzung dieses Entwicklungsgesetzes mittels NATO-Politik, Unterdrückung der Volksmassen und Irreführung des Bewußtseins spielt<sup>1</sup>.

Dabei steht die Frage so: Die unterdrückende, die Durchsetzung der gesellschaftlichen Entwicklung hindernde Rolle des klerikal-militaristischen Bonner Staates durch den Kampf der Arbeiterklasse und aller Friedenskräfte zu überwinden und den gesellschaftlichen Entwicklungsgesetzen mit der Schaffung demokratischer, friedlicher Verhältnisse zum Durchbruch zu verhelfen. Nur auf diese Weise können wir auch klar herausarbeiten und einschätzen, welche Positionen das sogenannte Grundsatzprogramm der SPD einerseits und das Aktionsprogramm der KPD andererseits in der Staatsfrage beziehen.

### I

In seinem Artikel „Des deutschen Volkes Weg und Ziel“ weist uns Walter Ulbricht darauf hin, daß wir die „großen weltweiten Gegensätze zwischen den proletarisch-revolutionären Kräften auf der einen, den imperialistisch-reaktionären Kräften auf der anderen Seite“ im Auge behalten müssen, „wenn wir uns unserer nationalen Entwicklung in Deutschland zuwenden, denn diese Gegensätze gingen auch mitten durch unser Volk...“<sup>2</sup>

Sie treten uns heute gegenüber in Gestalt des Grundwiderspruchs zwischen den friedliebenden Kräften des gesamten deutschen Volkes, deren staatliche Basis die Deutsche Demokratische Republik, der erste deutsche Friedensstaat, ist, und den militaristischen Kräften in Westdeutschland, die im Interesse ihrer Revanchepläne die atomare Aufrüstung betreiben, deren Basis das Monopolkapital und deren Instrument der klerikal-militaristische Bonner Obrigkeitsstaat ist.

Die Restauration der ökonomischen und politischen Macht der Monopole in Westdeutschland hat dazu geführt, daß die imperialistischen Kreise unter dem Vorwand der Entfaltung der Kräfte der Nation erneut die Unterdrückung des eigenen Volkes betreiben und die Unterdrückung anderer Völker vorbereiten. Sie versuchen, der Bevölkerung den gleichen antinationalen Weg aufzuzwingen, auf den Bismarck, Wilhelm II. und Hitler das deutsche Volk im Auftrage des deutschen Imperialismus wiederholt gezerrt haben. Diese Politik ist jedoch zum Scheitern verurteilt und kann zu nichts anderem führen als zu einer ungeheuren Verschärfung der Widersprüche:

1. Sie steht objektiv im Gegensatz zu den Lebensinteressen der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung in Westdeutschland, angefangen von der Arbeiter-

terklasse über die Bauern, die Jugend, die Frauen, christliche Kreise, Wissenschaftler, die Mittelschichten, bis in das nationale Bürgertum und die CGU selbst hinein (Prof. Hagemann, Bundestagsabgeordneter Nellen u. a.). Besonders sichtbar wird dieser Widerspruch heute *dp* der großen Volksbewegung gegen den Atomtod.

Der Bonner Staat befindet sich, bedingt durch immer neue und wachsende Krisenerscheinungen, im Dauerzustand der inneren Unsicherheit, im permanenten Zustand der Angst vor der wachsenden Bewußtheit der Massen. Und in der Tat reißt der Kampf der Volksmassen nicht ab, wie das Ringen der Ruhrkumpel um ihre Arbeitsplätze<sup>3</sup>, die Bewegung des Jahrgangs 1922, aber auch der Kriegsopter und Mietervereinigungen gegen den unsozialen Kurs der Adenauer-Regierung beweisen. Der Kampf der Volksmassen steckt die Grenzen der Macht des Imperialismus immer enger, und die Kampfaktionen der Massen zeigen immer deutlicher die Gewißheit des Sieges der Friedenskräfte über den Imperialismus und Militarismus.

2. Die imperialistische Politik Westdeutschlands steht im Gegensatz zur Entwicklung in ganz Deutschland. In Gestalt der DDR besteht der erste deutsche Friedensstaat, und es gibt keine Kraft, die seine Existenz rückgängig machen könnte. Im Gegenteil, das Bestehen und die gesetzmäßig wachsende Stärke der DDR üben einen zunehmenden Einfluß auf die Entwicklung in Westdeutschland aus. Hat dies bisher schon dazu beigetragen, das Klassenbewußtsein der westdeutschen Arbeiter zu entwickeln, der Volksbewegung Rückhalt und Impulse zu geben und die herrschenden Kreise zu Zugeständnissen an die Werktätigen zur Verbesserung ihrer Lebenslage zu zwingen, so wird die Lösung der ökonomischen Hauptaufgabe und die Erfüllung des Siebenjahrplans die Arbeiterklasse und alle Friedenskräfte in noch viel stärkerem Maße in ihrem Kampf um friedliche, demokratische Verhältnisse anspornen und zur Veränderung des Kräfteverhältnisses beitragen.

3. Die imperialistische Bonner Politik steht schließlich auch in scharfem Widerspruch zur Entwicklung in der Welt. Ständig verlagert sich das Kräfteverhältnis weiter zugunsten des sozialistischen Lagers und aller Friedenskräfte. Die ökonomische und politische Macht des sozialistischen Lagers wächst ständig und läßt die Aussichtslosigkeit aller Revanchepläne der westdeutschen imperialistischen und militaristischen Kreise immer deutlicher werden. Selbst in den Kreisen der „Verbündeten“ Adenauers beginnt sich unter dem Wirken des Wachstums des sozialistischen Lagers und dem Druck der eigenen Völker eine realistischere Einstellung zu den Weltproblemen zu verbreiten (Abrüstung, Gipfelkonferenz).

Diese Situation der Zuspitzung der Widersprüche bringt auch objektiv die Frage hervor: Auf welcher Seite stehst Du? Auf der Seite der Kräfte des Friedens oder des Krieges? Die Lage verlangt eine klare Entscheidung. Es gibt keinen dritten Weg, und der Bankrott der ganzen Ideologie des dritten Weges, den

1 W. Ulbricht, Die Staatslehre des Marxismus-Leninismus und ihre Anwendung in Deutschland, Berlin 1958, S. 13/14.

2 W. Ulbricht „Einheit“ 1959, Nr. 9, S. 1173.

<sup>3</sup> Am 20. Dezember 1959 demonstrierten z. B. die Werktätigen Bochums gegen die geplanten Zechenstilllegungen ihrer Stadt.